

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.



[Messer machen Mörder >](#)

[< Extremismusprävention in Deutschland - Ganzheitliche Terrorismusbekämpfung](#)

Vorurteile - Pöbeleien - Schläge

Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle



LSBTI Personen sind auch heute noch Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt

© ramonespelt, stock.adobe.com

Die deutsche Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren stark verändert: Sie ist bunter, vielfältiger, internationaler und queerer geworden. Doch trotzdem oder gerade deswegen gibt es nach wie vor eine steigende Zahl von Anfeindungen und Gewaltdelikten gegen schwule, lesbische, bi-, trans- und intergeschlechtliche Menschen. Die **Polizei** Berlin beschäftigt daher bei der Zentralstelle für Prävention Ansprechpersonen für LSBTI.

Alltägliche Gewalt und Anfeindungen

Der tägliche Weg zur Arbeit war für eine Berlinerin lange Zeit mit einer Demütigung verbunden. Jedes Mal, wenn sie an einem Gemüseladen vorbeiging, spuckte der Inhaber vor ihr aus und rief ihr dann noch „Scheiß Lesbe“ hinterher. Ein anderer Weg zur Arbeit wäre mit einem großen Umweg verbunden gewesen, also ertrug sie die Beleidigung mit einem Gefühl der Ohnmacht, da sie nicht wusste, wie sie sich wehren sollte. Diese Geschichte erzählt Polizeioberkommissarin Anne von Knoblauch, die zusammen mit ihrem Kollegen Polizeihauptkommissar Michael Späth beim Landeskriminalamt in Berlin als Ansprechpersonen für Lesben, Schwule, bi-, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) tätig ist. Sie leisten Präventions- und Aufklärungsarbeit in der schwul-lesbischen Community. Zu ihren Aufgaben gehört, Vertrauen aufzubauen, Opfern zuzuhören und Unterstützung anzubieten, etwa beim Anzeigen einer Straftat. Die Statistiken weisen für die vergangenen Jahre steigende Zahlen bei Beleidigungs- und Gewaltdelikten gegenüber Personen aus der LSBTI-Community aus. Auch das Coronajahr 2020 hat hier

nicht zu einem Rückgang geführt: 2019 gab es 358 angezeigte Fälle, 2020 bereits 428 Fälle und 2021 eine weitere Steigerung auf 525 Anzeigen von homo- und transphoben Straftaten. Auch aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen kann Anne von Knoblauch bestätigen, dass es in den letzten Jahren mehr Anzeigen von Opfern im Zusammenhang mit Hasskriminalität gibt. Sie führt das zum einen auf eine größeren Anzeigebereitschaft bei den Opfern zurück. Andererseits gebe es auch eine größere Sensibilität bei den Kolleginnen und Kollegen auf der Straße, die die Anzeigen aufnehmen. Sie erkennen nun früher, dass es in dem geschilderten Sachverhalt nicht um eine bloße Beleidigung geht, sondern das Homo- oder Transphobie dahintersteckt. Diese neue Sensibilität steigert wiederum das Vertrauen der queeren Community in die Arbeit der **Polizei**. Doch auch wenn mehr Fälle erkannt werden, geht von Knoblauch davon aus, dass die **Dunkelziffer** immer noch sehr hoch ist.

Männer sind häufiger von Gewaltdelikten betroffen

Der Berliner Senat hat 2020 den ersten Monitoring-Bericht zu homo- und transphober Gewalt vorgelegt. Danach richteten sich 70 Prozent der Fälle gegen ein einzelnes **Opfer**. Männer sind mit 42 Prozent zum größeren Teil von Gewaltdelikten betroffen als Frauen (36 Prozent). Die Tatverdächtigen sind zum überwiegenden Teil Männer – etwa 91,5 Prozent. Der Bericht zeigt außerdem auf, dass Frauen eher als Männer dazu neigen, homophobe Beleidigungen hinzunehmen. Als Erklärung wird angenommen, dass Frauen häufig schon seit jungen Jahren sexualisierte Abwertung und Beleidigungen erfahren haben. Anne von Knoblauch bestätigt die Aussagen des Berichts: „Leider ist es immer noch so, dass Frauen tatsächlich Anfeindungen und Gewalt länger ertragen. Manchmal erdulden sie eine Situation 20-, 30- oder 40-mal, bis sie endlich sagen: So, und jetzt reicht's aber langsam. Jetzt gehe ich zur **Polizei**. Ich möchte das nicht länger mit mir machen lassen.“

Männlichkeitsbeweis in der Gruppe

Die typischen Tatverdächtigen sind meist männlich und zwischen 20 und 30 Jahre alt. Sie kommen aus allen Bevölkerungsschichten und 87 Prozent haben einen deutschen Pass. Häufig gehen die Anfeindungen und Gewaltdelikte von einer Gruppe aus. Hier glaubt der Einzelne, sich vor seinen Freunden in seiner Männlichkeit beweisen zu können, indem er Schwule, Lesben oder Transpersonen beleidigt. Gleichzeitig bietet die Gruppe Schutz. Für das **Opfer** wird es fast unmöglich, sich zu wehren. Ihm bleibt nur, der Situation möglichst auszuweichen oder zu entkommen. Doch das ist nicht immer möglich, wenn die **Opfer** den Aggressionen in einem geschlossenen Raum ausgesetzt sind wie zum Beispiel einer fahrenden U-Bahn. Tatsächlich sind U-Bahnen und Bahnhöfe häufig Tatorte, bestätigt Anne von Knoblauch: „Man ist im engen Raum zusammen, fühlt sich vielleicht in der U-Bahn noch mehr provoziert, vielleicht durch das händchenhaltende, küssende schwule Paar, und muss dann noch mal ganz deutlich aus der Gruppe heraus betonen, wie schlimm man das findet.“ Doch auch in Grünanlagen oder Parks, wo die Täter sich sicher fühlen, sowie in den Ausgehvierteln der queeren Community kommt es immer wieder zu Anfeindungen.

Unterstützung für queere Migranten

Eine spezielle Gruppe, um die sich Anne von Knoblauch und ihr Kollege Michael Späth bei ihrer Präventionsarbeit kümmern, sind Migranten mit einer queeren Identität. Häufig haben sie schon in ihren Herkunftsländern homo- und transphobe Gewalt erfahren. Nicht selten ging die Gewalt sogar von der **Polizei** oder anderen staatlichen Organen aus. Das war für viele unter ihnen der Grund für ihre Flucht.



Polizeioberkommissarin Anne von Knoblauch, Ansprechpersonen für LSBTI in Berlin

© Polizei Berlin

Anne von Knoblauch und ihr Kollege Michael Späth sind unter der Telefonnummer 030/4664-979444 erreichbar. Weitere Informationen für

In Berlin gibt es eine LSBTI-Flüchtlingsunterkunft. Dort haben die beiden Polizisten bereits Informationsveranstaltungen zusammen mit einem Sprachmittler durchgeführt. Dabei gehen sie offen auf die Menschen zu und erklären, dass man in Deutschland keine Angst haben muss, zur **Polizei** zu gehen, wenn man **Opfer** von homo- oder transphober Gewalt geworden ist. In Deutschland ist es nicht strafbar, schwul, lesbisch, bi-, trans-, oder intersexuell zu sein. Im Gegenteil: Man erhält sogar Unterstützung durch die **Polizei**.

„Natürlich sind die Menschen am Anfang relativ zurückhaltend, aber durch diese Informationen und auch die face-to-face-Situation, gelingt es uns, auch in diesem Teil der queeren Community Vertrauen aufzubauen“, berichtet Anne von Knoblauch. Die Berlinerin, die von dem Gemüsehändler beschimpft wurde, ist dann schließlich doch zur **Polizei** gegangen. Die Anfeindungen haben dann aufgehört. Die Beratung durch die LSBTI-Ansprechpersonen der **Polizei** Berlin hatte damit direkte nachweisbare Wirkung.

TE (25.02.2022)

Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen gibt es auf der Webseite des LKA Berlin.

Folgende Artikel könnten Sie auch interessieren:

- 📄 „Soziale Medien sind ein Marktplatz für Schleuser“
- 📄 „Needle Spiking“ gefährdet Clubbesucher
- 📄 Wie militant ist die „linke Szene“?
- 📄 Extremismusprävention in Deutschland - Ganzheitliche Terrorismusbekämpfung
- 📄 Erfolge beim Kampf gegen Clankriminalität
- 📄 Bürgerengagement für Sicherheit
- 📄 Richtig reagieren bei drohender Gewalt

[Alle Artikel dieser Kategorie](#)

Weitere Infos für Berater zum Thema Jugend



Aktiv gegen jede Form der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit

Das Bundesprogramm „Demokratie leben“

Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fördert das...[\[mehr erfahren\]](#)



Ein Notruf für die Seele

Ob Existenzängste, [Mobbing](#) in der Schule oder Suchtprobleme: Seit elf...[\[mehr erfahren\]](#)



Provokationstheater in Bussen

Zivilcourage-Kurse für Solinger Schulklassen

Fast jeder war schon einmal in einer solch unangenehmen Situation:...[\[mehr erfahren\]](#)



Die Beweisführung bleibt trotz neuer Gesetze schwierig

Das reformierte Sexualstrafrecht

Die Kölner Silvesternacht von 2015 wurde von massenhaften sexuellen...[\[mehr erfahren\]](#)



LEFT unterstützt Linksextreme beim Ausstieg

Zurück in die demokratische Gesellschaft

Gewalttaten im Rahmen der Proteste gegen das Abbagern des Ortes...[\[mehr erfahren\]](#)



- Statistiken
- Essentiell

Wir nutzen Cookies auf unserer Website, die in unserer [Datenschutzerklärung](#) beschrieben sind. Wir verwenden anonyme Statistiken, um unsere Website zu verbessern. Bitte unterstützen Sie unsere wichtige Präventionsarbeit und akzeptieren Sie alle Cookies. Vielen Dank!

Ablehnen Alle akzeptieren